

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	15
-------------------------	----

## *Erster Teil*

<b>Grundlagen</b>	19
-------------------	----

### 1. Kapitel

<b>Die „Sharing Economy“</b>	19
------------------------------	----

A. Definition und Charakteristika der Sharing Economy .....	19
B. Arten der Transaktion .....	22
I. Maßstab zur Beurteilung von Transaktionen .....	22
II. Arten der Gegenleistung .....	23
C. Leistungsanbieter in der Sharing Economy .....	24
D. Ökonomische Grundlage für die Sharing Economy .....	25
I. Bedeutung für die Arbeit .....	25
II. Theoretische Grundlagen .....	26
1. Netzwerkeffekte .....	26
2. Folgen für den Wettbewerb .....	27
3. Nicht ausgelastete Ressourcen .....	29
III. Rolle der Plattform .....	30
IV. Statistische Erfassung .....	32
E. Die Bedeutung der Plattform .....	33
I. Das wirtschaftliche Interesse der Plattform .....	33
II. Effiziente Transaktionsstruktur .....	34
1. Vermittlung von Ressourcenaustausch .....	34
2. Informationskosten .....	34
a) Spezifische Größennachteile von Kleinstanbietern .....	34
b) Vertrauen zwischen Leistungsempfänger und -erbringer .....	35
c) Vertrauen in die Plattform .....	36
3. Vollzugskosten .....	36
III. Einfluss auf den Leistungsaustausch .....	37
IV. Zwischenergebnis .....	40

## 2. Kapitel

<b>Probleme bei der Besteuerung der Sharing Economy und mögliche Lösungsansätze</b>	<b>40</b>
A. Gegenwärtige Probleme .....	40
B. Vielzahl von Kleinstanbietern .....	41
C. Verbesserte elektronische Aufzeichnung .....	42
D. Folgen für den Steuervollzug .....	44
I. Steigende Vollzugskosten .....	44
II. Co-Regulierung durch die Plattform .....	44
III. Möglichkeiten und Grenzen zur Einbindung der Plattform in den Steuervollzug	45
E. Gleichbehandlung mit etablierten Anbietern .....	46
I. Wettbewerbssituation .....	46
II. Belastungsgleichheit .....	49
F. Weiterer Gang der Untersuchung .....	49

*Zweiter Teil*

<b>Gegenwärtige Besteuerung der Sharing Economy</b>	<b>51</b>
---	-----------

## 1. Kapitel

<b>Materielles Steuerrecht</b>	<b>51</b>
A. Einkommensteuer .....	51
I. Definition von Einkommen .....	51
II. Einkunftsart .....	52
1. Bestimmung der Einkunftsart .....	52
a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb .....	52
aa) Offener Typusbegriff .....	52
bb) Abgrenzung zu Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit .....	52
cc) Gewinnerzielungsabsicht .....	54
dd) Abgrenzung zur Vermögensverwaltung .....	55
b) Einkünfte aus Leistungen .....	56
2. Praktische Relevanz .....	57
a) Steuerbarkeit und Steuerpflicht .....	57
b) Besteuerung des Stammvermögens .....	58
c) Gewerbesteuerpflicht .....	59
III. Bewertung der Gegenleistung .....	59
1. Marktübliches Entgelt .....	59

2. Tauschvereinbarung .....	59
3. Zwischenergebnis .....	61
IV. Abzugsfähigkeit von Aufwendungen .....	61
1. Umqualifizierung originär privat veranlasster Aufwendungen .....	61
2. Aufteilung .....	63
B. Umsatzsteuer .....	63
I. Allgemeines .....	63
II. Bestimmung des Leistenden .....	64
1. Allgemein .....	64
2. Insbesondere Ladenrechtsprechung .....	65
3. Verstoß gegen gesetzliche Vorschriften .....	67
4. Art. 9a MwStVO .....	69
5. Anwendung auf die Sharing Economy .....	70
III. Besteuerung des Leistenden .....	72
1. Definitionen .....	72
a) Wirtschaftliche Tätigkeit .....	72
b) Nachhaltig .....	74
c) Selbstständig .....	76
d) Zwischenergebnis .....	79
2. Differenzierung nach der Art der Transaktion .....	79
a) Begriff der Leistung .....	79
b) Gegenleistung in Geld .....	80
c) Tausch .....	80
d) Leistung gegen Guthaben .....	81
IV. Besteuerung der Vermittlungsplattform .....	82
1. Art und Ort der Leistung .....	82
a) Art der Leistung .....	82
b) Ort der Leistung .....	83
aa) Allgemeines .....	83
bb) Abgrenzungskriterien .....	83
(1) Einfluss auf die Leistung .....	83
(2) Schwerpunkt der Leistung .....	84
(3) Umsetzung des Verbrauchssteuerprinzips .....	84
2. Steuerschuldnerschaft .....	85
V. Anwendung der Kleinunternehmerregelung .....	87
1. Nichtbesteuerung von Ausgangsleistungen .....	87
2. Ausschluss vom Vorsteuerabzug .....	88

## 2. Kapitel

<b>Steuervollzug</b>	<b>89</b>
A. Informationsgewinnung und Kontrolle	89
B. Verfassungsrechtliche Vorgaben	89
C. Erklärungspflichten des Leistungserbringers	91
I. Bestehende gesetzliche Regelungen	91
II. Überprüfung der Steuererklärung durch die Finanzbehörden	91
III. Exkurs: Wechsel der Steuerschuldnerschaft und Quellensteuereinbehalt	92
IV. Schwierigkeiten in der Sharing Economy	93
1. Informationsgewinnung über Leistungserbringer in der Sharing Economy und Verifikation	93
2. Mutmaßliches Vollzugsdefizit bei Kleinstunternehmern	94
D. Sachverhaltsermittlung bei Plattformbetreibern	95
I. Territorialitätsprinzip	95
II. Aufgrund der eigenen Tätigkeit der Plattform	96
III. Auskunftersuchen an die Plattform	97
1. Allgemein	97
2. Auskunftersuchen an inländische Plattformbetreiber	98
3. Auskunftersuchen an ausländische Plattformbetreiber	99
a) Auskunftersuchen an im EU/EWR-Gebiet ansässige Plattformbetreiber	99
aa) Direkte Steuern	99
bb) Indirekte Steuern	100
b) Auskunftersuchen an Drittstaaten	100
IV. Schutz der übermittelten Daten	100
V. Speziell: Informationen zur Festsetzung kommunaler Abgaben	101
1. Auskunftsrechte der Gemeinden	101
2. Informationsaustausch mit Finanzbehörden	102
VI. Zwischenergebnis	104
E. Verwaltungsvertrag mit Plattformbetreibern	104
I. Einbindung der Plattform in den Steuervollzug	104
II. Rechtliche Rahmenbedingungen	105
III. Umfang der übermittelten Daten	105
IV. Einwände gegen den Abschluss von Verwaltungsverträgen	106
1. Entstaatlichung des Steuervollzugs und Aufgabe von Hoheitsrechten	106
2. Verhältnis zum Ordnungsrecht	107
3. Anonymisierte Übermittlung	108
4. Wettbewerbsvorteil etablierter Plattformen	110

5. Anonyme Einzelregelung .....	111
6. Atomisierung zugunsten der Plattform .....	111
7. Ergebnis .....	112
V. Weitere Möglichkeiten zur Verbesserung des Vollzugs .....	112
1. Informationen für Anbieter .....	112
2. Automatische elektronische Abfragen .....	114

### *Dritter Teil*

<b>Gesetzgeberische Neuregelungen zur Besteuerung der Sharing Economy</b> .....	<b>116</b>
A. Ausgangslage .....	116
B. Optimierungsvorgaben .....	117
I. Wahrung der Besteuerungshoheit des Staates .....	117
1. Besteuerungshoheit des Staates .....	117
2. Datenhoheit als Schlüssel .....	119
3. Staatliche Infrastruktur als Voraussetzung für kostengünstigen und effizienten Wettbewerb .....	121
4. Kooperation und Co-Regulierung in Zusammenarbeit mit der Plattform ....	122
II. Dauerhaftigkeit einer Neuregelung .....	123
III. Gleichheitssatz und Neutralität .....	124
1. Allgemeines .....	124
2. Nominelle Steuerlast und Gesamtbelastung mit steuerlichen Pflichten ....	126
3. Gleichbehandlung von Plattformen und Leistungsanbietern .....	126
4. „Niedrigere Besteuerung“ von Plattformumsätzen .....	127
a) Ausgangslage .....	127
b) Begründung .....	128
IV. Politischer Gestaltungsspielraum und Regulatory Arbitrage .....	129
V. Klarheit der Zuordnungen und Eigenverantwortlichkeit .....	131
C. Optimierung des Steuervollzugs .....	132
I. Vereinfachung .....	132
II. Kostenminimierung .....	133
1. Informationsbeschaffung .....	133
2. Steuererhebung bei Klein(st-)Unternehmern .....	134
3. Einbindung der Plattform .....	136
III. Minimierung der Zeit zwischen steuerbarem Vorfall und Steuererhebung ....	137
IV. Zum Umgang mit Schwellenwerten .....	139
V. Vergleichbare Regelungen in anderen Staaten .....	141
1. Allgemeine Meldepflichten .....	141

2. Besondere Meldepflichten für Plattformbetreiber .....	142
a) Differenzierung .....	142
b) Allgemeine Meldepflichten .....	142
c) Plattformbezogene Pflichten .....	143
D. Anpassung des materiellen Steuerrechts .....	143
I. Anpassungsbedarf .....	143
1. Verhältnis zur Schwarzarbeit .....	143
a) Abgleiten in die Schwarzarbeit .....	143
b) Konkurrenz durch Schwarzarbeit .....	144
2. Vereinfachung des Steuervollzugs durch Pauschalierungen .....	144
E. Behandlung der Sharing Economy außerhalb des Steuerrechts .....	145
I. Anpassung oder Sonderregelung .....	145
II. Bestimmung des Leistungsanbieters und seine Rechtsbeziehung zur Plattform ..	146
III. Verpflichtungen von Leistungsanbietern und Plattformbetreibern .....	148
IV. Informations- und daraus entstehende Vollzugsdefizite .....	150
V. Größenabhängige oder -unabhängige Pflichten .....	151
VI. Wettbewerbsrechtliche Aspekte .....	153
VII. Zusammenfassung .....	153

#### *Vierter Teil*

<b>Verfahrensrechtliche Verbesserungen</b>	<b>155</b>
A. Mögliche Handlungsoptionen des Gesetzgebers .....	155
B. Registrierungspflicht .....	155
C. Meldepflicht .....	157
I. Ausgangslage .....	157
1. Zusammenhang zwischen Meldung und Steuerehrlichkeit .....	157
2. § 93c AO Datenübermittlung durch Dritte .....	159
II. Ausgestaltung einer Meldepflicht .....	160
1. Zentralisierung .....	160
2. Objektive und klare Kriterien .....	160
a) Bezugspunkt und Verwendung .....	160
b) Höhe der Einnahmen .....	161
c) Zusätzliche Informationen .....	162
3. Übermittlungsintervall .....	162
4. Internationale Zusammenarbeit und stufenweise Entwicklung .....	163

D. Abzugsverpflichtung	164
I. Bedürfnis und Anwendungsbereich einer Abzugspflicht	164
II. Abzugsverpflichtung bezüglich der Einkommensteuer	164
1. Voraussetzungen für eine Pflicht zum Einbehalt	164
a) Verfügung über das Entgelt	164
b) Bestimmung eines Steuersatzes	165
2. Einwände	166
a) Keine Vereinfachungswirkung	166
b) Kein Austausch mit den Plattformen zur Erhebung der Einkommensteuer	167
c) Sicherung des Steueraufkommens	168
d) Liquiditätsnachteil	169
3. Zwischenergebnis	170
III. Abzugspflicht bezüglich der Umsatzsteuer	170
IV. Abzugspflicht bezüglich lokaler Abgaben	171
E. Haftung der Plattform	171
I. Ausgangslage	171
II. Haftung gem. § 72a Abs. 4 AO	172
III. Erweiterung der Haftung für die Betreiber eines elektronischen Marktplatzes	174
F. Wahlrecht zum Abzug	175
G. Einheitliche Feststellung auf Ebene der Plattform	175

### *Fünfter Teil*

## **Rückwirkung auf das materielle Recht** 177

### **1. Kapitel**

## **Umsatzsteuer** 177

A. Kleinunternehmerregelung	177
I. Sinn und Zweck der Regelung	177
1. Ökonomische Grundlagen	177
2. Unionsrechtliche Würdigung	179
3. Nationale Zielsetzung und Bewertung	181
II. Auswirkungen auf den Wettbewerb	182
1. Allgemeine Wirkung der Kleinunternehmerregelung	182
2. Folgen der Kleinunternehmerregelung bei Umsätzen in der Sharing Economy	183
a) Bisherige Erkenntnisse im Schrifttum	183
b) Überprüfung anhand der Rechtfertigungsgründe	183
aa) Vereinfachung des Steuervollzugs	183

bb) Förderung von Kleinunternehmen aufgrund fehlender Skalenvorteile	184
B. Mögliche Neuregelungen	184
I. Anpassung der Schwellenwerte	184
II. Besteuerung der Plattform gleich einem Kommissionär	185
C. Wechsel der Steuerschuldnerschaft	187

## 2. Kapitel

<b>Einkommensteuer</b>	<b>188</b>
A. Ausgangslage	188
B. Lösungsansätze	188
I. Freigrenze	188
II. Bruttobesteuerung mit reduziertem Steuersatz	189
III. Prozentualer, begrenzter Freibetrag	189
IV. Lösungsansätze in anderen Ländern	190
1. Steuerbefreiungen für bestimmte Einkunftsarten	190
2. Steuerbefreiung für Plattformumsätze	190
C. Stellungnahme	191
I. Plattformbezogene Vergünstigungen	191
II. Freigrenze	193
III. Freibetrag	195
1. Absoluter oder prozentualer Freibetrag	195
2. Ausgestaltung eines prozentualen Freibetrags	195
a) Bestimmung des Höchstbetrags	195
b) Bestimmung des Prozentsatzes	196
<b>Thesen</b>	<b>200</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>202</b>
<b>Sachverzeichnis</b>	<b>225</b>